

Einleitung: Rationalitäten des Widerstands

In Lateinamerika verursachen Ressourcenabbau und Infrastrukturprojekte schwere Umweltschäden und bedrohen die Lebensgrundlagen indigener Bevölkerungen (Flesken 2014: 1). Dies führt zu Konflikten, bei denen soziale Bewegungen gegen staatliche oder nicht-staatliche Akteur*innen mobilisieren, die solche Prozesse befördern oder im Zuge extraktiver Wirtschaftsmodelle mit entsprechenden Gesetzgebungen unterstützen (Almeida/Cordero 2015: 3-7). Nicht nur in rechtsregierten Staaten, wie in Brasilien unter Jair Bolsonaro, lässt sich dieses Phänomen beobachten (Flemes/Schöneich 2020: 2-4). Denn Gegensätze zwischen wirtschaftlichen Interessen und den Rechten und Präferenzen indigener Gemeinschaften zeigen sich auch in Ländern, die international als »indigenen-freundlich« gelten. Einen solchen Ruf hatte sich Bolivien während der Amtszeiten von Juan Evo Morales Ayma erworben. Morales, der den südamerikanischen Binnenstaat als erster demokratisch gewählte indigene Präsident regierte, verkörperte das politische Erwachen der indigenen Völker. Sein Amtsantritt am 22. Januar 2006 galt vielen Intellektuellen als historische Zäsur und weckte Hoffnungen auf eine Transformation der sozioökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse (Ernst/Schmalz 2009: 5).

Als politisches Erbe seiner Präsidentschaft, die kurz nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2019 mit einem erzwungenen Rücktritt endete, gilt sein Einsatz für die soziale, kulturelle und politische Emanzipation der indigenen Bevölkerung (Mamani 2009: 68). Als erstes Land der Welt überführte Bolivien die *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* (UNDRIP) von 2007 per Gesetz (Ley 3760) in nationales Recht. Damit erkennt der Staat eine internationale Erklärung an, die ein Diskriminierungsverbot und die Gleichberechtigung indigener Völker postuliert sowie deren Selbstbestimmung und freie Verwirklichung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung fordert (United Nations 2007; Eichler 2018: 5). Seit Einführung der Verfassung von 2009, die das Land als Plurinationalen Staat definierte (Schilling-Vacaflor/Flemmer 2013: 7), erlangten internationale Standards indigener Rechte Verfassungsrang. Dies gilt nicht nur für die UNDRIP, sondern auch für die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von 1989, die bis heute das einzige völkerrechtlich verbindliche Über-

einkommen für die Rechte indigener Völker darstellt (Constitución Política del Estado Plurinacional de Bolivia, CPE, 2009: Art. 256 und 257).

Dass diese Lesart eines Champions der indigenen Gemeinschaften (Heise 2016: 117) nicht widerspruchsfrei ist, zeigt sich in der Tatsache, dass Morales trotz seiner Reformbemühungen nicht in der Lage war, die Mehrheit der indigenen Gruppen und sozialen Bewegungen dauerhaft hinter sich zu vereinen. Denn weder sein auf Inklusion abzielender, antirassistischer und ethnopolistischer Diskurs (Laing 2017: 3), noch seine groß aufgelegten Sozialprogramme konnten eine Verschärfung innergesellschaftlicher Konfliktlinien verhindern (Jost 2012: 4). Im Zentrum soziopolitischer Auseinandersetzungen standen häufig indigene Territorien und Naturschutzgebiete, in denen die linksgerechtete Regierung – entgegen den Interessen weiter Teile der indigenen Bevölkerung – Großprojekte zur Förderung des extraktiven Sektors umsetzte.

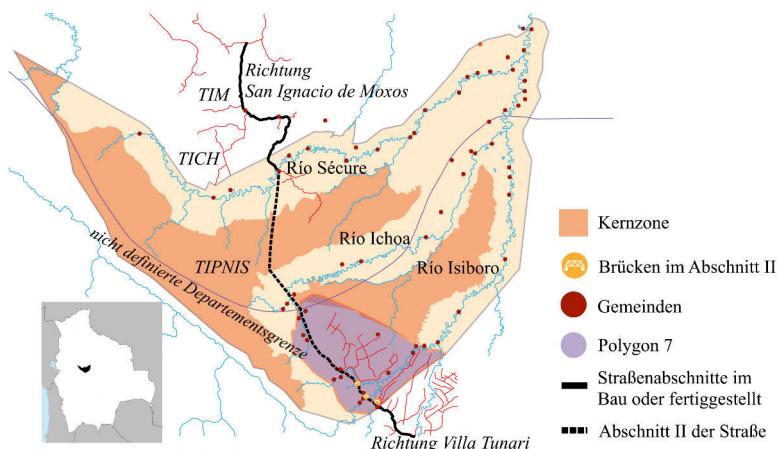
Besondere Aufmerksamkeit zog der Konflikt um das *Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécure* (TIPNIS) im bolivianischen Amazonas-Tiefland auf sich. Dort trieb die Morales-Regierung ein Straßenbauprojekt voran, das die Orte San Ignacio de Moxos und Villa Tunari, und dadurch die *departamentos* Beni und Cochabamba, miteinander verbinden sollte. Die Trassenplanungen sahen vor, die Straße in ihrem Mittelstück quer durch die Kernzone des hochbiodiversen Schutzgebiets zu führen (siehe Abbildung 1). Im Jahr 2006 brachte die MAS-IPSP-Regierung¹ eine Gesetzesinitiative durch das Parlament, durch die das Megaprojekt als »prioridad nacional y departamental«² (Ley 3477) eingestuft wurde (Gaceta Oficial de Bolivia 2006). Zudem leitete sie in Kenntnis über große Erdölvorkommen im TIPNIS konkrete Maßnahmen zur Planung und Umsetzung des Projekts ein (Hirsch 2019: 812). Noch während seiner ersten Legislaturperiode unterschrieb Morales einen Bauvertrag mit der brasilianischen Straßenbaufirma OAS Ltda. und erteilte Konzessionen zur Erdölförderung an transnationale Konzerne. Allerdings hatte die Regierung darauf verzichtet, die indigenen Bewohner*innen des Territoriums, die den ethnischen Gemeinschaften der Chimanés, Moxéño-Trinitarios und Yuracarés angehören, wie verfassungsmäßig vorgesehen, im Vorfeld dieser Maßnahmen zu konsultieren (Garzón/Schilling-Vacaflor 2012: 4).

Obwohl die Regierung den Bau der 306 Kilometer langen Schnellstraße als Teil des bolivianischen Entwicklungsmodells betrachtete und Fortschritt und Wohlstand für die aus ihrer Sicht abgehängten Region versprach, konnte sie signifikante Teile der TIPNIS-Bevölkerung nicht überzeugen (Delgado 2017: 373). So haben Akteur*innen aus dem Territorium mehrfach gewaltfrei ihren Widerstand gegen die

¹ Der vollständige Name der Partei lautet *Movimiento al Socialismo – Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos* (Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker); im Folgenden »MAS«.

² Übersetzung: »nationale und departamentale Priorität«; eigene Hervorhebung.

Abbildung 1: Trassenplanung des Straßenbauprojekts Villa Tunari – San Ignacio de Moxos



Grafik erstellt auf Grundlage von Coordinadora Nacional de Defensa de los Territorios (2019: 3).

geplante Trassenführung des Infrastrukturprojekts zum Ausdruck gebracht. Gemeinsam mit Unterstützer*innen aus Indigenenorganisationen zur Selbstverwaltung des TIPNIS, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Vereinen, Stiftungen, Aktivistengruppen, entwicklungspolitischen Agenturen, solidarischen indigenen Hoch- und Tieflandgemeinschaften sowie aus der katholischen Kirche lassen sie sich als Teil einer sozialen Bewegung zur Verteidigung des Territoriums verstehen. Internationale Aufmerksamkeit erregte ein Protestmarsch im Jahr 2011, der unter dem Motto »*por la defensa del TIPNIS, por la vida, la dignidad y los derechos de los pueblos indígenas*« stand.³

Aufgrund großen Rückhalts in der bolivianischen Bevölkerung war es den Protestierenden gelungen, den Bau des Mittelstücks (Abschnitt II) der TIPNIS-Straße zu verhindern; die Konstruktion und Inbetriebnahme der Straßenabschnitte (I und III) außerhalb des Territoriums blieben davon unberührt (siehe Abbildung 1). Die Morales-Regierung sah sich vorerst gezwungen, den Schutz des Gebiets zu garantieren. So wurde das TIPNIS durch die Verabschiedung des Gesetzes 180 am 24. Oktober 2011, das den Bau der Straße ausdrücklich verbieten sollte, über die Landesgrenzen hinweg bekannt und zum Symbol für den indigenen Widerstand in Bolivien.

³ Übersetzung: »für die Verteidigung des TIPNIS, für das Leben, die Würde und Rechte der indigenen Völker«.

Auch wenn die internationale Aufmerksamkeit mittlerweile nicht mehr so stark auf das TIPNIS gerichtet ist wie 2011, ist der Konflikt noch nicht zu Ende. Bis heute wird der Erhalt des Schutzgebiets immer wieder durch Faktoren wie Siedlungsaktivitäten externer Bevölkerungsgruppen, illegalen Holzschlag, unerlaubte landwirtschaftliche Nutzung und die Ausdehnung des Kokaanbaus herausgefordert (Ernst 2015: 74). Auf Betreiben der Regierung und des regierungsnahen, kleinbäuerlich-gewerkschaftlichen Sektors wurde das Gesetz 180 aufgehoben und am 13. August 2017 durch das Gesetz 969 ersetzt, das dem Straßenbauprojekt eine Rechtsgrundlage einräumte. An dieser Entwicklung hatte auch ein weiterer Protestmarsch im Jahr 2012 nichts ändern können, bei dem die Widerstandsakteur*innen für die Beibehaltung und Umsetzung des Schutzgesetzes 180 demonstriert hatten. Angesichts dieses Rückschlags stehen die Widerstandsakteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung heute vor der Herausforderung, den Bau des noch austehenden Mittelstücks der TIPNIS-Straße zu blockieren und sich gegen eine Vielzahl äußerer Einmischungen zu wehren (Roncken 2019: 221). Die bisherige wissenschaftliche Literatur zum TIPNIS-Konflikt lässt bezüglich der Widerstandssituation seit Verabschiedung des Gesetzes 969 bis zum Ende der Morales-Ära noch viele Fragen offen (siehe Ausführungen zum Forschungsstand). Angesichts dieses Forschungsdesiderats wird der Schwerpunkt dieser Arbeit auf den Zeitraum 2017 bis 2019 gelegt. Mehr noch: Der Fokus auf diese Periode ermöglicht es, die soziale TIPNIS-Bewegung unter den Bedingungen ihrer bisher schwersten Krisenphase zu untersuchen, in der Fragmentierungen und Spaltungen die Handlungsfähigkeit der involvierten Indigenenorganisationen erschweren (Kapitel 5). Die Dynamiken zur Entstehung des Gesetzes 969 hatten die Einheit der TIPNIS-Bewegung nachhaltig erschüttert (Kapitel 5.4).

Aufgrund seiner Prominenz und Emblematik ist der TIPNIS-Konflikt in wissenschaftlichen Studien als eine zentrale Herausforderung für die bolivianische Politik eingestuft worden (Jost 2012: 4). Allerdings sind bisher nur wenige Versuche unternommen worden, die Rationalitäten der unterschiedlichen Widerstandsakteur*innen empirisch zu untersuchen und systematisch zu rekonstruieren. Doch genau diese – so die These der Arbeit – sind ein entscheidender Faktor, um die folgende, zentrale Forschungsfrage zu beantworten: Wie ist der Widerstand der sozialen TIPNIS-Bewegung aus Sicht der Widerstandsakteur*innen zu erklären?

Diese Grundannahme entspricht der Tradition des theoretischen Framing-Ansatzes aus der Bewegungsforschung. Denn aus der Framing-Perspektive lässt sich davon ausgehen, dass soziale Missstände nicht notwendigerweise zu kollektivem (Widerstands-)Handeln in sozialen Bewegungen führen. Widerstand wird »konstruiert«. Wie Christopher Daase (2014: 3) schreibt, ist Widerstand nicht aus sich selbst heraus verständlich. Doch in Relation zu Problemdeutungen, mit denen kollektive Akteur*innen ihre eigene Weltanschauung transportieren, Forderungen nachvollziehbar machen und legitimieren (Benford 1997: 419), gewinnt

dieses Phänomen an Bedeutung. Wichtiger als der eigentliche Sachverhalt ist für seine Erklärung die Wahrnehmung sozialer Probleme. Diese wird maßgeblich von Deutungsrahmen (Frames) beeinflusst, die Bewegungsakteur*innen für soziale Probleme entwickeln (Hellmann 1998: 20). Bei dieser aktiven Tätigkeit, die als Framing bezeichnet wird, befinden sich Bewegungsakteur*innen als *signifying agents* in einem Wettbewerb um die Deutungsdominanz. Sowohl innerhalb ihrer eigenen Bewegung als auch gegenüber ihren politischen Gegenspieler*innen müssen sie sich mit ihren Frames durchsetzen (Snow/Benford 1988: 198).

Ausgehend von diesem sozialkonstruktivistischen Theorieverständnis (Herkenrath 2011: 33; Benford 1997: 410) lassen sich Widerstände sozialer Bewegungen als soziales Handeln verstehen, das in Framing-Prozessen ausgehandelt, begründet, legitimiert und angeleitet wird. Im Fall dieser Arbeit ist es daher zielführend, die soziale TIPNIS-Bewegung im Sinne des Framing-Ansatzes als Sammelbecken unterschiedlicher Akteur*innen und Interessen zu begreifen. Um die Framing-Prozesse dieser sozialen Bewegung nachvollziehen und die Innenperspektive besser verstehen zu können, soll in einer empirischen Analyse gezeigt werden, wie die Bedeutungszuschreibung sozialer Probleme im Fall des TIPNIS-Konflikts funktioniert.

Dazu sind im Rahmen einer Feldforschung vom 15. Mai bis zum 08. August 2019 mithilfe tiefgehender, semistrukturerter Interviews Primärdaten eines breiten Spektrums an Akteur*innen und Organisationen erhoben worden. Insgesamt wurden 52 Personen in Santa Cruz de la Sierra, Trinidad, San Ignacio de Moxos, Bella Brisa, La Paz, Cochabamba und in verschiedenen TIPNIS-Gemeinden befragt. Die Auswahl der Interviewpartner*innen lässt sich durch eine Eingrenzung des Forschungsgegenstands erklären. Dazu ist es sinnvoll, genauer zu definieren, was mit sozialer TIPNIS-Bewegung gemeint ist. Die soziale TIPNIS-Bewegung, wie sie in dieser Arbeit interpretiert wird, steht im Kontext der Verteidigung indigener Territorien, die in Bolivien verschiedene Soziale Bewegungsorganisationen (SBOs) und Akteur*innen mobilisiert. Sie lässt sich somit als Teil eines nationalen Projekts verstehen, das ethnisch und kulturell begründete Forderungen aus den indigenen Territorien mithilfe regionaler und nationaler Indigenenorganisationen und -dachverbände auf die nationale politische Agenda trägt. Der Begriff »soziale TIPNIS-Bewegung« grenzt dieses nationale Projekt auf die Verteidigung des TIPNIS und diejenigen Akteur*innen ein, die diese unterstützen und zu diesem Zweck, mit Bert Klandermans (1992; 1997) gesprochen, ein Allianzsystem bilden.

Dies betrifft zuallererst Akteur*innen aus indigenen Organisationen zur Selbstverwaltung des Territoriums und deren übergeordneten regionalen und nationalen Dachverbänden. Außerdem zählen indigene Akteur*innen benachbarter, ebenfalls involvierter und betroffener Territorien dazu. Vor allem aus dem *Territorio*

Indígena Multiétnico (TIM)⁴ (Reyes-García et al. 2020) und dem *Territorio Indígena Moxeño-Ignaciano* (TIMI). Allerdings können auch solidarische Akteur*innen von Indigenenorganisationen aus anderen Hoch- und Tieflandregionen Boliviens Teil der sozialen TIPNIS-Bewegung sein, wenn sie das Ansinnen der indigenen Protagonist*innen unterstützen. Dies gilt ebenfalls für zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen, die in NGOs, Netzwerken, Stiftungen oder Vereinen organisiert sind. Zivilgesellschaft lässt sich als »Sphäre kollektiven Handelns« verstehen, »die zwischen Privatbereich und Staat wirksam ist« (Thiery 2010: 1248). Gewinnorientierte Organisationen des Marktes wie Firmen und Konzerne (*economic society*) sowie Organisationen der *political society* (Parteien) werden nicht zur *civil society* gezählt.

Zudem müssen Vertreter*innen der Religionsgemeinschaften betrachtet werden, v.a. aus den Organisationen und Gruppen der katholischen Kirche. Dazu zählen Personen, die beim bolivianischen Caritas-Verband, der Indigenenpastoral des Apostolischen Vikariats Beni, der *Fundación Jubileo* oder dem Panamazonischen Kirchennetzwerk (*Red Eclesial Panamazónica*, REPAM) tätig sind. Wie an verschiedenen Stellen dieser Arbeit deutlich wird, bildet die katholische Kirche nicht erst seit der Veröffentlichung der Umwelt-Enzyklika »*Laudato si'* von Papst Franziskus 2015, der im selben Jahr Bolivien besuchte, und auch nicht erst seit dem Jahr der Amazonassynode 2019 einen Bezugspunkt für Akteur*innen aus dem TIPNIS. Nach Ana Kemlein (2009: 228) förderte der progressive und an der Befreiungstheologie ausgerichtete Teil der katholischen Kirche indigene Organisationsprozesse bereits seit den Anfängen der Indigenenorganisationen. Im TIPNIS-Konflikt nahmen einzelne Kirchenvertreter eine Vermittlerrolle zwischen indigenen Basisorganisationen und der Regierung ein, segneten Protestaktionen und bezogen Stellung zu politischen Fragen.⁵

Bei Indigenenorganisationen, die intern gespalten sind, was, wie in Kapitel 5 konkretisiert wird, kein unüblicher Zustand ist, liegt der Forschungsschwerpunkt im Sinne der Forschungsfrage auf dem Teil, der im Widerstand begriffen ist. Hier ist wiederum die Art der Spaltung zu beachten. Während bei einigen Organisationen, wie bei der *Subcentral TIPNIS* und dem Dachverband *Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* (CIDOB), zwei klar definierte konkurrierende Führungszirkel (*dirigencias*) identifiziert werden konnten, lassen sich bei anderen Organisationen hingegen nicht-institutionalisierte Oppositionsgruppen feststellen. Um mit einer in der Wissenschaft bisher vorherrschenden Tendenz zu brechen, einseitig

4 Seit der Gründung des Multiethnischen Indigenen Territoriums II der indigenen Völker Esse Ejja, Tacana und Cavineño in der Region Norte Amazónico auch TIM I genannt.

5 Im August 2017 bezeichnete beispielsweise der damalige Generalsekretär der bolivianischen Bischofskonferenz Aurelio Pesoa in einer öffentlichen Erklärung das Straßenbauprojekt im TIPNIS als ernsthafte Bedrohung für die Natur (Conferencia Episcopal Boliviana 09.08.2017).

über »den« Widerstand zu berichten und kritische Stimmen auszublenden,⁶ sind auch Interviews mit politischen Gegenspieler*innen, Repräsentant*innen und Verbündeten des von der sozialen Bewegung herausgeforderten politischen Systems geführt worden. Es handelt sich dabei um Personen, die keine Widerstandshaltung gegen das geplante Straßenbauprojekt zeigten und in der Tendenz eine MAS-nahe Haltung einnahmen. Fünf Befragte gaben an, Mitglieder der MAS-Partei zu sein. Nach Klandermans (1992; 1997) lassen sie sich dem Konfliktsystem der sozialen TIPNIS-Bewegung zuordnen. Im Gegensatz zum Allianzsystem können Bewegungsakteur*innen über ihr Konfliktsystem nicht bewusst entscheiden: »although you can choose your friends, you cannot choose your enemies« (Klandermans 1997: 153). Hinter der Einteilung in Allianz- und Konfliktsystem steht die modellhafte Vorstellung der sozialen TIPNIS-Bewegung als Multiorganisationenfeld, das sich in einen unterstützenden und einen gegnerischen Sektor einteilen lässt.

Auch wenn eine grobe Unterscheidung in Widerstandsakteur*innen und Gegenspieler*innen aus Gründen der Einfachheit auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, werden die Begriffe in dieser Arbeit nur unter Vorbehalt verwendet. Dies liegt daran, dass Selbstidentifizierungen nicht notwendigerweise mit Fremdzuschreibungen korrelieren. Außerdem soll der Eindruck einer klar abgrenzbaren Bipolarität vermieden werden, die im Fall des TIPNIS irreführend wäre (McNeish 2013: 238) und sich lediglich auf der Ebene einiger Indigenenorganisationen empirisch nachvollziehen lässt. Klandermans zufolge (1997: 143) sind die Grenzen von Allianz- und Konfliktsystemen sozialer Bewegungen häufig nicht klar festgelegt. Zudem müssen beide Systeme nicht notwendigerweise geschlossen sein, sodass Individuen und SBOs im Multiorganisationenfeld auch zwischen beiden Systemen wechseln können.

Ein großer Gewinn für diese Arbeit ist, dass es in Fällen interner Spaltung von Indigenenorganisationen möglich war, mit Personen aus den jeweiligen, rivalisierenden *dirigencias* zu sprechen, um auf gegenteilige Framing-Strategien, Meinungsverschiedenheiten und Missverständnisse hinweisen zu können. Die meisten dieser Personen hatten innerhalb ihrer Organisationen ein Repräsentationsamt inne oder beanspruchten es, je nach Sichtweise, rechtmäßig oder unrechtmäßig für sich. In einigen Fällen wurden ehemalige Verantwortungsträger*innen der Indigenenorganisationen interviewt, wenn diese nach wie vor eine aktive Schlüsselrolle bzw. eine klar erkennbare Meinungsführerschaft ausübten. Aufgrund ihrer Repräsentationsfunktionen sind viele der befragten Akteur*innen in der bolivianischen Öffentlichkeit bekannt. Die Forschungsteilnehmer*innen werden daher in dieser Arbeit – sofern sie eingewilligt haben – unter ihrem realen Namen genannt.

6 Ausnahmen stellen Studien von Cecilia Hirsch (2019) und Reyes-García et al. (2020) dar.

Ein zusätzliches Set bilden Interviews, die mit Bewohner*innen in der Isiboro-Sécure-Region geführt wurden. Dabei handelte es sich um Personen, die nicht in einer Indigenenorganisation engagiert waren, aber über ein hohes Maß an Alltagserfahrung im TIPNIS verfügten. Dazu wurden zwei Expeditionen durchgeführt und sechs von insgesamt 69 Gemeinden in unterschiedlichen Zonen des Territoriums besucht.⁷ Die erste fand am 03. und 04. Juli 2019 statt und war ein Kurzbesuch der indigenen Gemeinde Santísima Trinidad. Diese befindet sich in der außergewöhnlichen Situation, dass sie wie eine indigene Enklave von einer Sonderzone im südlichen TIPNIS umgeben ist. Diese Sonderzone, die auch *polígono 7* (Polygon 7) genannt wird und sich auf 123.000 Hektar erstreckt, ist zwar Teil des Schutzgebiets (*área protegida*), aber nicht des indigenen Territoriums (siehe Abbildung 1). Im Gegensatz zum restlichen TIPNIS ist sie hauptsächlich von Siedler*innen andiner Herkunft bewohnt, die nicht den Ethnien der Moxeño-Trinitarios, Yuracarés und Chimanés angehören und ihren Lebensunterhalt zum Großteil mit dem Kokaanbau verdienen. Das Polygon 7 gilt als »kolonisiert«. Im Unterschied zum restlichen TIPNIS ist die Sonderzone mit Straßenfahrzeugen zu erreichen. Jedoch wird sie von der Siedlergemeinschaft streng kontrolliert. Wissenschaftler*innen und Journalist*innen wird nicht selten der Zutritt verweigert. Aus diesem Grund erfolgte der Besuch des Autors in Funktion einer Begleitperson des Weihbischofs von Cochabamba Juan Gómez, zu dessen Diözese Santísima Trinidad zählt. Dort war es möglich, ein Interview mit dem Gemeindevorsteher (*corregidor*) zu führen und interessante Einblicke in die besonderen Umstände im südlichen TIPNIS zu bekommen.

Der zweite Besuch im Territorium erfolgte auf Einladung der indigenen Regionalorganisation *Central de Pueblos Étnicos Moxeños del Beni* (CPEM-B). Nach einer Phase der Vorbereitung, des Kennenlernens und der Vertrauensbildung startete am 26. Juli 2019 eine Expedition zu besonders abgelegenen Gemeinden in der Zentralregion des TIPNIS (*zona central*), an der neben Héctor Tamo und Maribel Daza aus dem Leitungsteam der CPEM-B auch der ehemalige Vorsitzende der TIPNIS-Subzentrale Adolfo Moye und seine Familie teilnahmen. Mit Edgar Izurieta war auch ein Vertreter der Nichtregierungsorganisation *Centro de Investigación y Promoción del Campesinado* (CIPCA) unter den Teilnehmenden. Ziel der Mission war es, mit den Gemeindebewohner*innen über den Zustand der politischen Selbstverwaltungsorgane des Territoriums und aktuelle Entwicklungen im TIPNIS-Konflikt ins Gespräch zu kommen. Interviews waren in den TIPNIS-Gemeinden Kateri, Santiago und Mercedes del Río Ichoa und damit in verschiedenen Zonen des Territoriums möglich, die mit einem motorisierten Kanu (*canoa*) erreicht wurden.

⁷ Die Anzahl der TIPNIS-Gemeinden ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten gestiegen. Es finden sich daher in der Literatur verschiedene Angaben. Die Zahl 69 wird unter Berufung auf aktuelle Daten von Leonardo Tamburini (2019: 129) angegeben.

Abbildung 2: TIPNIS-Gemeinde am Río Isiboro



Eigene Aufnahme, 29.07.2019.

Schließlich wurden in einigen Ausnahmefällen bei der Datenerhebung auch Personen berücksichtigt, die zwar in unterschiedlicher Weise eine Beziehung zum TIPNIS aufwiesen, sich jedoch nicht den bisher genannten Personengruppen zuordnen ließen. Diese Interviews wurden dann geführt, wenn zusätzliche interessante Perspektiven auf den Widerstand im TIPNIS-Konflikt erwartet wurden. Konkret betrifft dies vier Interviews: Mit Iván Zambrana wurde der Geschäftsführer der *Autoridad Plurinacional de la Madre Tierra* (APMT) interviewt. Die APMT ist eine Behörde der bolivianischen Regierung mit Sitz in La Paz, die 2013 per Oberstem Dekret (*Decreto Supremo* 1696) gegründet wurde. Sie hat die Aufgabe, politische Initiativen zu erarbeiten sowie Maßnahmen zu planen, zu koordinieren, technisch zu begleiten und umzusetzen, die dem Klimawandel und seinen Folgen entgegenwirken sollen. Durch das Gespräch mit Zambrana war es möglich, die Sichtweise der Regierung auf den TIPNIS-Konflikt besser zu verstehen. Außerdem wurde mit Alejandro Masay ein Lehrer interviewt, der zwar nicht selbst aus dem Territorium stammte, aber viele Jahre in verschiedenen TIPNIS-Gemeinden unterrichtete und sich als Befürworter des Straßenbauprojekts zu erkennen gab.

Tabelle 1: Kategorisierung der durchgeföhrten Interviews

	Akteursgruppe	Anzahl Interviews
<i>Widerstandsakteur*innen/ Unterstützer*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung = ja (Allianzsystem)</i>	Indigenenorganisationen (territoriale Ebene)	8
	Indigenenorganisationen (regionale Ebene)	6
	Indigenenorganisationen (nationale Ebene)	2
	Indigenenorganisationen (transnationale Ebene)	1
	Zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs, Aktivistengruppen, Stiftungen, und Vereine)	17
	Kirchliche Organisationen, Gruppen und Netzwerke	5
	Sonstige	2
<i>Widerstandsakteur*innen/ Unterstützer*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung = nein (Konfliktsystem)</i>	Indigenenorganisationen (territoriale Ebene)	3
	Indigenenorganisationen (regionale Ebene)	1
	Indigenenorganisationen (nationale Ebene)	1
	Sonstige	2
	Interviews im TIPNIS	4
	Gesamtzahl Interviews	52
	davon als Widerstandsakteur*innen bzw. Unterstützer*innen der sozialen TIPNIS- Bewegung eingestuft	41

Ein Interview mit María Eugenia Balderrama gibt Aufschluss über die Sichtweise der Entwicklungsbeauftragten der Munizipalverwaltung von San Ignacio de Moxos. Aufgrund ihrer positiven Haltung gegenüber dem Widerstand wurde Balderrama in der Datenmatrix als Unterstützerin der sozialen TIPNIS-Bewegung eingestuft. Dies trifft ebenfalls auf Alberto Acosta zu. Der Wirtschaftswissenschaftler, ehemalige Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors (2007–2008) und ecuadorianische Präsidentschaftskandidat der Pachakutik-Partei (2013) gilt als Experte für die Rechte der Natur. Darüber hinaus war er Teil einer Untersuchungskommission, die im August 2018 im Auftrag des sogenannten Internationalen Tribunals für die Rechte der Natur (ITRN) den TIPNIS-Konflikt aufarbeitete.

Wie in Kapitel 8 genauer erläutert wird, ist das ITRN ein ethisches Gericht, dessen Urteile zwar einen moralischen Wert haben können, aber rechtlich nicht bindend sind. Am ersten Tag der Feldforschung, am 15. Mai 2019, verkündete das ITRN ein Urteil im TIPNIS-Fall. Tabelle 1 zeigt in einem ersten Überblick, wie die durchgeführten Interviews in einem einfachen Schema kategorisiert werden können.⁸

Unter den Forschungsteilnehmer*innen waren 16 Frauen und 36 Männer unterschiedlichen Alters, die wiederum 30 verschiedenen Gruppen und Organisationen zugeordnet werden können. Dazu zählen territoriale, regionale, nationale und transnationale Indigenenorganisationen: In der Akteursgruppe der territorialen Indigenenorganisationen können Vertreter*innen der *Subcentral TIPNIS*, der dazugehörigen Frauenorganisation *Subcentral de Mujeres del TIPNIS*, der *Subcentral Sécuré* sowie der Indigenenorganisationen der Nachbarterritorien TIM und TIMI genannt werden. Zudem wurden Gespräche mit Repräsentant*innen der auf regionaler Ebene agierenden Organisationen *Central de Pueblos Étnicos Moxenos del Beni* (CPEM-B) und *Central de Pueblos Indígenas del Beni* (CPIB) geführt. Weitere Interviews decken die Sichtweisen von Vertreter*innen nationaler Dachverbände ab. Namentlich der tieflandindigenen *Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* (CIDOB) sowie des Hochland-Pendants *Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu* (CONAMAQ). Mit Adolfo Chávez wurde außerdem ein Vertreter der 1984 in Lima (Peru) gegründeten *Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica* (COICA) interviewt. Dabei handelt es sich um eine transnational agierende Indigenenorganisation, die neun nationale Indigenenorganisationen aus den Anrainerstaaten des Amazonasbeckens repräsentiert. Des Weiteren berücksichtigt die Studie eine Vielzahl von Akteur*innen aus urbanen Aktivistengruppen, Vereinen, NGOs und Stiftungen (17 Personen) sowie aus dem Kontext der katholischen Kirche (fünf Personen).⁹ 26 Befragte gaben an, aus einem indigenen Territorium zu stammen, davon 14 aus dem TIPNIS.

Mit Einwilligung der Forschungsteilnehmer*innen, die über die Ziele Forschung und ihre Rechte als Teilnehmende aufgeklärt wurden, und unter Berücksichtigung der Standards des Datenschutzes wurden bei den Interviews insgesamt 33 Stunden und 24 Minuten Audiomaterial aufgezeichnet. Angestrebt wurde eine durchschnittliche Dauer von ca. 40 Minuten, die mit Ausnahme weniger Ausreißer eingehalten wurde. Auf diese Weise wurden O-Töne generiert, die sich als authentische Interpretationsgrundlage eignen. Dadurch, dass Vertreter*innen eines Großteils der zum Erhebungszeitraum existierenden, federführenden Indigenenorganisationen der sozialen TIPNIS-Bewegung sowie ihrer regierungsnahen Pendants erfasst wurden, lässt sich von einem gesättigten Sample sprechen. Durch

8 Eine genauere Auflistung und Kurzbeschreibung der Interviewpartner*innen befindet sich im Anhang.

9 Eine Übersicht aller berücksichtigten Bewegungsorganisationen ist im Anhang zu finden.

die Tatsache, dass von den meisten Indigenenorganisationen des Widerstands mehrere Akteur*innen interviewt wurden, ist in diesem Kernbereich der sozialen TIPNIS-Bewegung eine hohe Repräsentativität gegeben. Zur Interviewakquise wurde ein Schneeballprinzip angewendet, bei dem die Interviewpartner*innen gebeten wurden, weitere Kontakte zu vermitteln. Durch die vorherige, unabhängige Personenrecherche konnte das Schneeballprinzip mehrgleisig, d.h. mit mehreren Startpunkten, angelegt und in verschiedene Richtungen angewendet werden. Die Tatsache, dass gegen Ende der Feldforschungsphase häufig auf dieselben Personen verwiesen wurde, verleitet zu der Annahme, dass diese Arbeit einen signifikanten Teil der zum Erhebungszeitraum für den Widerstand relevanten Schlüsselakteur*innen berücksichtigt.

Bei den Face-to-Face-Einzelinterviews lag das Erkenntnisinteresse sowohl auf (1) Problemidentifizierungen, Kausal- und Schuldzuschreibungen, (2) abstrakten Problemlösungsvorschlägen und konkreten Handlungsanleitungen als auch (3) auf den Motivationen für das eigene Bewegungshandeln. Mit diesen Aspekten wurde der Fokus auf die Framing-Kernfunktionen Diagnose, Prognose und Motivation gelegt, die gemäß des theoretischen Framing-Ansatzes zu einer erfolgreichen Durchsetzung der eigenen Problemsicht beitragen. Diese »Deutungsbausteine« machen die Bedeutungskonstruktionen der heterogenen Bezugsgruppe vergleichbar und lassen Aussagen bezüglich des sogenannten Frame-Alignments zu, das Frame-Kongruenzen und -Diskrepanzen sichtbar macht.

In Ergänzung zu den Interviewdaten berücksichtigt die Studie Mitschriften von Veranstaltungen und Arbeitstreffen verschiedener Widerstandsakteur*innen, die im Feldtagebuch als empirische Beobachtungen festgehalten wurden und Rückschlüsse auf das Framing der interviewten Akteur*innen zulassen. Dazu zählen auch schriftliche Aufzeichnungen von Zusammenkünften indiger Gemeinden in den sogenannten Cabildos, die als zentrale Organe zur Selbstverwaltung auf territorialer Ebene verstanden werden können. Methodisch stützt sich die Arbeit auf eine qualitative Inhaltsanalyse der erhobenen Interviewdaten nach Udo Kuckartz (2018), die mithilfe eines Kategoriensystems eine systematische Aufbereitung der Frames der Befragten ermöglicht.

Struktur der Arbeit

Soziale Bewegungen stellen ein breites Forschungsfeld dar, das in der Wissenschaft unter dem Label »Protest- und Bewegungsforschung« bearbeitet wird (Laing 2015: 53). Vorangetrieben werden die *Social Movement Studies* in der Politikwissenschaft, Humangeografie, der politischen Anthropologie sowie insbesondere in der Gründungsdisziplin Soziologie. Zu den Aufgaben der Bewegungsforschung gehört es, die Entstehung, Formen, Dynamiken und Auswirkungen sozialer Bewegungen mithilfe sozial- und geisteswissenschaftlicher Theorien zu erklären.

Angesichts der Vielfalt von Debatten und Forschungssträngen in diesem Bereich geht es nachfolgend zunächst um die wichtigsten Paradigmen der Bewegungsforschung, zu denen neben der Ressourcenmobilisierung und den politischen Möglichkeitsstrukturen auch das Framing zählt. In Kapitel 1 werden die Vorteile des Framing-Ansatzes verdeutlicht und erläutert, welche Art von Erkenntnisgewinn durch die Verwendung des Framing-Tools in Bezug auf den Widerstand der sozialen TIPNIS-Bewegung zu erwarten ist. Anschließend wird in Kapitel 2 der aktuelle Forschungsstand skizziert. Dabei werden wissenschaftliche Beiträge vorgestellt, die sich mit sozialen Bewegungen und sozio-ökologischen Konflikten in Lateinamerika auseinandersetzen. Auf diese Weise wird das enorme Potenzial deutlich, das sich der Bewegungsforschung durch die Hinwendung zu lateinamerikanischen Kontexten und aus lateinamerikanischen Kontexten heraus bietet (Inclán 2018: 537). Zudem wird untersucht, inwiefern der TIPNIS-Konflikt in bisher erschienenen Studien thematisiert wurde, um auf »weiße Flecken« in der einschlägigen Literatur hinzuweisen. Anschließend wird in Kapitel 3 die Methodik beleuchtet. Im Sinne des wissenschaftlichen Prinzips der Intersubjektivität sollen das Forschungsdesign und die Arbeitsschritte der qualitativen Inhaltsanalyse dargelegt werden.

Der Hauptteil der Arbeit besteht in der Analyse der in den Interviews generierten Erhebungsdaten. Um die Ergebnisse kontextualisieren zu können, bietet Kapitel 4 eine Einführung in das *Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécuré* (TIPNIS) und die Genese von Widerstandsaktivitäten der indigenen Völker des bolivianischen Tieflands. Zudem werden die Motive der Morales-Regierung zur Forcierung des Straßenbauprojekts Villa Tunari – San Ignacio de Moxos erläutert. Um das Phänomen des Widerstands aus der Innenperspektive zu erklären, werden die Sichtweisen der Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung anschließend anhand von vier übergreifenden Deutungsmustern (Masterframes) systematisch aufgearbeitet und interpretiert.

Ein erster Masterframe, der Diagnose-, Prognose- und Motivationsframes zusammenfasst, veranschaulicht die Sichtweisen der Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung auf die Krise der indigenen Organisationsfähigkeit und Selbstverwaltung. Zentrale Indigenenorganisationen, die am TIPNIS-Konflikt beteiligt sind, wiesen zum Feldforschungszeitraum interne Spaltungen in ihren Leitungsteams auf. Zudem war die Indigenenorganisationen-Landschaft stark fragmentiert: Neben der ursprünglich einzigen territorialen Vertretung des TIPNIS, der sogenannten *Subcentral TIPNIS*, existierten mit dem *Consejo Indígena del Sur* (CONISUR) und der *Subcentral Sécuré* zwei weitere Repräsentationsorgane. Angesichts dieser Situation der internen Spaltung und Fragmentierung zeigte sich der Widerstand, im Vergleich zur Phase der großen Protestmärsche von 2011 und 2012, stark geschwächt. Indigene Widerstandsakteur*innen befanden sich in einer Legitimationskrise. Vor diesem Hintergrund wird in Kapitel 5 rekonstruiert,

wie sich die Akteur*innen im Framing um die Herstellung von Legitimität für den Widerstand bemühten.

In einem weiteren Masterframe (Kapitel 6) geht es um *securitization* (Versichertheitlichung). Darunter werden Framings gefasst, bei denen Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung existenzielle Bedrohungen artikulierten, mit denen der Widerstand begründet und legitimiert werden sollte. Das Konzept der Versichertheitlichung stammt ursprünglich von der Kopenhagener Schule um Barry Buzan, Ole Wæver und Jaap de Wilde (1998) und wird hauptsächlich im Bereich der Internationalen Beziehungen angewendet. Julia Grauvogel und Thomas Diez (2014) übertrugen das Konzept in die Framing-Forschung. Im Analysekapitel zur Versichertheitlichung wird aufgezeigt, wie Widerstandsakteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung Dimensionen des TIPNIS-Konflikts diskursiv mit Sicherheitsimplikationen verknüpften. Dabei wird die Frage geklärt, inwiefern die Akteur*innen das Straßenbauprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos als Bedrohung framten. Ebenfalls wird die Bedrohungsdeutung der Präsenz migrantischer, gewerkschaftlich organisierter kleinbäuerlicher Siedler*innen aus dem andinen Hochland diskutiert.

In Kapitel 7 steht ein Masterframe im Vordergrund, unter den Diagnose-, Prognose- und Motivationsframes gefasst werden, die sich mit der Frage nach dem subjektiv richtigen Entwicklungsweg beschäftigen. Dabei wird eine Diskrepanz zwischen den Entwicklungsverständnissen der Morales-Regierung und denen der Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung aufgezeigt. Es werden Framings untersucht, die den Widerstand als Forderung nach einer Abkehr von wachstums- und ressourcenbasierten Entwicklungsmodellen wie dem in Bolivien vorherrschenden Neoextraktivismus artikulierten. Zudem wird beleuchtet, wie Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung diskursiv an internationale Klimadebatten anknüpften und die Rolle der indigenen Völker als Beschützer*innen der Natur und Vorreiter*innen in Bezug auf alternative, nachhaltige Lebens- und Produktionsweisen verdeutlichten.

In Kapitel 8 wird in einem vierten Masterframe die Bedeutung des Widerstands als Kampf für unveräußerliche Menschenrechte, indígene Kollektivrechte und Rechte der Natur erkennbar. Die Framing-Analyse lenkt den Blick auf Forderungen nach einer Umsetzung dieser Rechte, die zum Großteil in der progressiven Verfassung von 2009 verankert sind. Zudem wird aus Sicht der Widerstandsakteur*innen die Bedeutung des Widerstands als soziales Handeln deutlich, das sich gegen eine als illegitim wahrgenommene Machtausübung der Zentralregierung in La Paz richtete, die zunehmend autoritär regierte und sich über die verfassungsmäßig garantierten Rechte hinwegsetzte.

Abschließend erfolgt in Kapitel 9 eine Analyse des sogenannten Frame-Alignments. Dabei werden intersubjektive Kongruenzen und Diskrepanzen im Framing der heterogenen Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung unter-

sucht. Ergänzt mit Interviewaussagen bezüglich Verbündeter, Kooperationen, Netzwerken und Aufgabenteilungen, ergibt sich aus der Frame-Alignment-Analyse die Chance, Rückschlüsse auf die zum Erhebungszeitraum beobachtbare Funktionsweise des Widerstands der sozialen TIPNIS-Bewegung zu ziehen.

Was ist Widerstand?

Bevor im Folgenden die wichtigsten Paradigmen der Bewegungsforschung dargestellt werden, geht es nachfolgend zunächst um die zentralen Begriffe des Widerstands und der sozialen Bewegungen. Wie Hernández (2019: 18) schreibt, ist Widerstand ein polysemisches Konzept, das nicht allgemeingültig definiert ist. Ideengeschichtlich hat sich das Widerstandsdenken nicht in einem akademisch-philosophischen Elfenbeinturm entwickelt, sondern maßgeblich in der Praxis unzähliger Kämpfe gegen Unterdrückung, Ausbeutung und ungerechte Herrschaft (Roth 2006: 7). So vielfältig wie die politischen, sozialen und kulturellen Kontexte ist auch das Verständnis dessen, was als Widerstand bezeichnet wird. Widerstand steht für eine »kaum umrissene Vielfalt an Formen oppositionellen Handelns und Denkens« (Müller/Studt 2021: 13). In Deutschland monierten Historiker*innen die inflationäre Entwertung des (deutschen) Widerstandsbegriffs, wurde er doch unter unterschiedlichen systemischen und strukturellen Bedingungen verwendet. Zurecht wiesen sie darauf hin, dass Widerstand in einem diktatorischen System (z.B. des Nationalsozialismus) anders zu bewerten sei als unter der Bedingung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die oppositionelle Kräfte nicht unterdrückt, sondern grundrechtlich gewährleistet (Müller/Studt 2021: 15-16). Nichtsdestotrotz hat sich die sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung auch Erscheinungsformen widerständigen Handelns unterhalb der Schwelle der Fundamentalopposition zugewendet (Von Hehl 2021: 103). In Lateinamerika wurde der Begriff »resistencia« unter diversen sozialen Bewegungen populär. Bewegungsakteure, die sich als Erben historischer Widerstände indigener Völker, Afroleatinamerikaner*innen sowie Bäuerinnen und Bauern verstanden, nutzten diesen Begriff insbesondere im Sinne einer »resistencia latinamericana« (Pinheiro 2016: 52), eines lateinamerikanischen Widerstands mit über 500-jähriger Tradition. Zugleich kommt der Begriff heutzutage auch im Plural vor, um auf die Vielfalt der Widerstände auf dem Doppelkontinent hinzuweisen.

Die Frage, unter welchen systemischen Bedingungen Widerstand angezeigt und legitim ist, prägte Diskussionen über das Widerstandsrecht. Niccolò Machiavelli und Thomas Hobbes bestritten jedes Recht auf Widerstand, da dieser nur ins Chaos und zum Krieg »aller gegen alle« führen könne. Stattdessen sei selbst die Erduldung einer tyrannischen Herrschaft vorzuziehen (Roth 2006: 29). Im Gegensatz dazu postulierte Henry David Thoreau in seinem Essay »Civil Disobedience« von 1849 die Pflicht zum Ungehorsam gegenüber dem Staat (Thoreau 1967), die

die vorsätzliche Verletzung einzelner Rechtsnormen impliziert und zumeist moralisch begründet wird.¹⁰ Mohandas K. (Mahatma) Ghandi und Martin Luther King machten den zivilen Ungehorsam – angesichts der Apartheid in Südafrika, der britischen Kolonialherrschaft in Indien und der Unterdrückung von Schwarzen in den USA – zum massentauglichen Widerstandskonzept. Viele aktivistische Theoretiker*innen folgten ihrem Beispiel. Akademisch-philosophische und juristische Debatten zum Widerstandsrecht wurden u.a. von Jürgen Habermas, John Rawls und Hannah Arendt angestoßen (Pabst 11.06.2012).

Wenn, wie in dieser Arbeit, nach den Sichtweisen bestimmter Akteur*innen gefragt wird, ist es nicht sinnvoll, den Widerstandsbegriff systemisch oder normativ zu verengen. Zielführender ist es, Widerstand mit Christopher Daase (2014: 3) als »Relationsbegriff« zu begreifen, der erst im Verhältnis zu anderen, von diesen Akteur*innen artikulierten Begriffen an Bedeutung gewinnt. Der Politikwissenschaftler setzt beispielsweise dem Phänomen des (politischen) Widerstands den Begriff der Herrschaft entgegen. Das soziale Handeln von Widerstandsakteur*innen richtet sich demnach gegen eine als illegitim wahrgenommene Herrschaftsordnung oder Machtausübung. Egal ob gewaltfrei oder gewaltsam, individuell oder kollektiv, spontan oder organisiert im Auftreten – Widerstand hat nach dieser Logik stets den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der durch die herrschende Macht pervertierten Ordnung zum Ziel (Daase 2014: 3).¹¹ Wird dieses im Rahmen der Spielregeln eines politischen Systems verfolgt, spricht Daase von (parlamentarischer) »Opposition«. Diese unterscheidet er von der »Dissidenz«, die ihre Ziele mittels nicht-institutionalisierten Mittel verfolgt und sich nichtkonventioneller Organisations- und Artikulationsformen bedient (Daase/Deitelhoff 2014: 2). Wie eine Aussage von Cécile Mouly und Esperanza Hernández Delgado (2019a: 1) erahnen lässt, ist es möglich, dem Widerstandsbegriff weitere Bedeutungen hinzuzufügen. So begreifen sie »civil resistance« als »key way for ordinary people to struggle against different forms of violence (direct, structural and cultural)«. Folgt man diesem Widerstandsverständnis, das sich gegenüber Bedeutungen widerständiger Akteur*innen öffnet, ergibt sich die Chance, Widerstand als Phänomen in komplexen Erscheinungsformen zu verstehen, das nicht von seiner Praxis als konkretes Handeln getrennt werden kann. Nach Bernd Ladwig (2006: 56-57) kann sich Widerstand sowohl in Taten (aktiver Widerstand) als auch im absichtlichen Unterlassen von machbaren oder normativ bzw. empirisch erwartbaren Handlungen ausdrücken.

¹⁰ Er selbst hatte sich geweigert, angesichts der Sklaverei und des Kriegs in Mexiko, den dafür verantwortlichen USA Steuern zu zahlen.

¹¹ Daase (2014: 3) sieht einen Unterschied zur Revolution, die deklaratorisch weniger konservative Ziele verfolgt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich Widerstandsakteur*innen nicht auch zu revolutionären Zielen bekennen können, wenn diese dem Erhalt oder der Wiederherstellung eines legitimen »Urzustandes« dienen.

gen (z.B. durch Gehorsamsverweigerung) äußern (passiver Widerstand). Wichtig ist allerdings, dass Widerstand in jedem Fall beabsichtigt sein muss. Dass Widerstand leistende nicht notwendigerweise ausschließlich obstruierende Absichten verfolgen, zeigen nachstehende Ausführung zur Konzeptualisierung sozialer Bewegungen.

Was sind soziale Bewegungen?

Folgt man Daases Unterscheidung zwischen »Opposition« und »Dissidenz«, sind soziale Bewegungen letzterer Kategorie zuzuordnen. Dies liegt daran, dass sich diese oftmals aus Protest gegen formale, bereits etablierte administrativen Strukturen formieren, innerhalb derer sie ihre Interessen nicht vertreten sehen, und überwiegend außerhalb etablierter Institutionen agieren (Giddens 1995: 680). In diesem Punkt unterscheiden sie sich von Gewerkschaften, Parteien und Pressure-Groups, die fest in formale Strukturen und politische Prozesse eingebunden sind (Schnabel 2003: 37). Soziale Bewegungen, die sich als mobilisierte oder mobilisierbare Netzwerke verschiedener Organisationen, Gruppen und Individuen beschreiben lassen, bedienen sich in der Regel nicht-institutionalisierte Taktiken (Kolb 2002: 10). Dazu zählen verschiedene Protest-, Selbsthilfe- und Boykottformen, die nicht nur legal und friedlich, sondern auch illegal und gewaltsam sein können (Rucht 1994: 77), wodurch soziale Bewegungen Gefahr laufen, kriminalisiert zu werden. Allerdings können sich soziale Bewegungen bei der Taktikauswahl auch für formelle, institutionalisierte Vorgehensweisen, wie beispielsweise juristische Klageformen, entscheiden.

Ziel sozialer Bewegungen ist es, »grundlegenden sozialen, politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Wandel herbeizuführen, sich ihm zu widersetzen oder ihn rückgängig« zu machen (Kolb 2002: 9-10).¹² Der Begriff des Wandels deutet darauf hin, dass soziale Bewegungen in der Regel Ziele von hoher Tragweite anstreben, die über die Erlangung persönlicher Vorteile für ihre Mitglieder und die Kleinteiligkeit einzelner Projekte hinausgehen. Mit Dieter Rucht (2001: 323) lässt sich ergänzen, dass soziale Bewegungen auf eine gewisse Dauer ausgerichtet sind. Kurzlebige Formen politischer Aktivität, wie spontane Menschenansammlungen oder Ausschreitungen, reichen für die Bildung einer sozialen Bewegung nicht aus. Denn erst wenn sich Protestaktivitäten in die Länge ziehen und immer mehr Menschen mobilisieren, lässt sich allmählich von einer sozialen Bewegung sprechen (Hellmann 1998: 9).

12 Zitat im Original hervorgehoben.

Die Entwicklung der Bewegungsforschung

Anhand dieser definitorischen Reflexion wird deutlich, dass diese Arbeit Strömungen der Bewegungsforschung folgt, die soziale Bewegungen nach dem Prinzip des *kollektiven Handelns* begreifen. Dieses lässt sich vom Prinzip des *kollektiven Verhaltens* abgrenzen, das seinen Ursprung in der Massenpsychologie des ausgehenden 19. Jahrhunderts hat. So vertrat Gustave Le Bon 1895 die Meinung, dass der Mensch in der Masse nicht vernunftgeleitet handeln, sondern sich wie ein »willenloser Automat« dem suggerierten Gesamtinteresse triebgesteuert und irrational unterordnen würde (Le Bon 2018: 20). Diese Annahme der irrationalen Veranlagung, die sich auch in Arbeiten zur Massengesellschaft in totalitären Regimen von Hannah Arendt oder William Kornhauser widerspiegelt, verleitet dazu, sozialen Bewegungen eine klare Zielvorstellung und ausreichende Selbstkontrolle abzusprechen. Das Prinzip des *kollektiven Handels* geht hingegen auf theoretische Reflexionen von Karl Marx zurück. Seinem geschichtsphilosophischen Verständnis zufolge, das von klassenkampfgetriebenen Umbrüchen der Gesellschaft ausging, lassen sich soziale Bewegungen als »Totengräber« alter und »Wegbereiter« neuer Gesellschaften verstehen (Hellmann 1998: 10-11). Dieses Grundmotiv wirkt bis heute in Strömungen der Bewegungsforschung nach, die soziale Bewegungen als rationale Triebkräfte für gesellschaftliche Veränderungen begreifen.

Ausgehend von den zwei Prinzipien des *kollektiven Verhaltens* und des *kollektiven Handels*, lässt sich die frühe Entwicklung der Bewegungsforschung als Grattwanderung zwischen diesen beiden Extremen beschreiben. Beispiele dafür liefern Theorien, die unter der Bezeichnung *Collective-Behavior*-Ansatz zusammengefasst wurden. Dieser Ansatz erlangte durch Ralph Turner und Lewis Kilian (1957) sowie Neil Smelser (1962) große Bedeutung und dominierte die Bewegungsforschung bis Ende der 1960er Jahre (Herkenrath 2011: 32). Die Grundannahme der Theorien des *Collective-Behavior*-Ansatzes orientierte sich zwar an Le Bon, sodass soziale Bewegungen zumeist als irrationale und triebgesteuerte Massenphänomene betrachtet wurden. Doch ähnelten sie Marx darin, dass zunehmend strukturelle Spannungen, Widersprüche und Frustration über gesellschaftliche Verhältnisse als Ursachen für Protest gesehen wurden. 1977 leiteten John McCarthy und Mayer Zald einen Paradigmenwechsel ein. Ihr vielbeachteter Artikel »Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory« stellte eine Abkehr vom sozialpsychologischen Bias und der Unterstellung von Irrationalität dar. Ausschlaggebend war die Einsicht, dass nicht jedes gesellschaftliche Problem notwendigerweise zu Protest führt. Oder wie es Klaus Japp (1984: 316) formulierte: »Grievances are everywhere, movements not.«

Basierend auf dieser Erkenntnis entwickelten sich verschiedene Schulen, die diese Diskrepanz zu erklären versuchten. Im Gegensatz zu den Autor*innen des *Collective-Behavior*-Ansatzes, die durch die Erfahrungen des Faschismus, Stalinis-

mus und von Arbeiter*innen-Bewegungen geprägt waren, gehörten die Begründer*innen der neuen Strömungen bereits zu einer jüngeren Generation. Diese trug – inspiriert durch Antikriegs-, Bürgerrechts-, LGBTQ-, Ökologie- und Frauenbewegungen – zur Etablierung eines überwiegend positiven Bildes sozialer Bewegungen bei (Tarrow 2011: 23). Die seit den 1960er Jahren entstandenen sozialen Bewegungen wurden besonders in Europa als neuartig empfunden, sodass der europäische Strang der Bewegungsforschung, der verschiedene Theorien hervorbrachte, als Ansatz der neuen sozialen Bewegungen (NSB) bekannt wurde.¹³ Die Neuartigkeit dieser Bewegungen wurde auf einen Wandel gesamtgesellschaftlicher Wert- und Lebenseinstellungen zurückgeführt, hervorgerufen durch die Ausbreitung postmoderner Gedanken.¹⁴ Dadurch rückte die Einforderung identitätsbasierter Selbstentfaltungswerte wie Gender, Ethnie oder Sexualität als zentrales Motiv sozialer Bewegungen in den Fokus der europäischen Bewegungsforschung (Laing 2015: 57). Weitgehend unabhängig von den europäischen Entwicklungen entstanden Bewegungstheorien in Nordamerika. In Theoriediskussion und Forschung haben drei theoretische Paradigmen einen herausragenden Stellenwert erlangt. Diese sind der Ressourcenmobilisierungsansatz, der Ansatz der politischen Möglichkeitsstrukturen sowie der Framing-Ansatz, die häufig unter dem Label der Politischen-Prozess-Theorie (PPT) zusammengefasst werden (Arce 2014: 10).

Der Ressourcenmobilisierungs-Ansatz (oder auch RM-Ansatz) geht von der Grundannahme aus, dass Entstehung, Erfolg und Fortbestehen sozialer Bewegungen maßgeblich durch die Akquise von Ressourcen bestimmt sind. Mit Ressourcen sind in erster Linie Zeit, Geld und Personal gemeint, die in einem Mindestmaß vorhanden sein müssen, um jegliche Art von Mobilisierung oder Protestaktivität zu erzeugen. Ähnlich wie beim Rational-Choice-Ansatz wird davon ausgegangen, dass soziale Bewegungsorganisationen (SBOs) diese Ressourcen zweckrational, nutzenmaximierend und strategisch einsetzen (Hellmann 1998: 22). Der Ansatz der politischen Möglichkeitsstrukturen lenkt den Blick auf externe Faktoren politischer Systeme, die sich auf die Entstehung, Dynamiken und Formen sozialer Bewegungen auswirken. Peter Eisinger definierte *political opportunity structures* (POS) als »the degree to which groups are likely to be able to gain access to power and to manipulate the political system« (Eisinger 1973: 25). Günstige politische

13 Aufgrund einiger Parallelen und Verbindungen zu früheren Arbeiterbewegungen ist die tatsächliche Neuartigkeit dieser Bewegungen in der Wissenschaft umstritten (Tarrow 1991).

14 Eine Erklärung für diesen Wandel der Werteinstellungen in westlichen Industrienationen in den 1950er und 1960er Jahren liefert Ronald Inglehart (1977). Inglehart zufolge kam es durch die Entwicklung hin zum Wohlfahrtsstaat und durch die Bildungsrevolution zu einer Schwerpunktverlagerung von materialistischen zu postmaterialistischen Werten. In der Diktion von Helmut Klages (1987) lässt sich auch von einem Wandel von Akzeptanzwerten wie Pflicht und Fleiß hin zu Selbstentfaltungswerten wie Freiheit und Selbstbestimmung sprechen.

Möglichkeitsstrukturen finden soziale Bewegungen nach Eisinger in offenen Systemen, die in hohem Maß fähig sind, sich neu formierende Interessen in politische Entscheidungsfindungsprozesse zu integrieren. Geschlossenen Systemen fehlen dafür Kanäle und Mechanismen. Die höchste Wahrscheinlichkeit für Protest findet sich in Mischsystemen. Sind die Systeme nämlich weit offen, fehlt in vielen Fällen die Notwendigkeit für Protest. In fest geschlossenen Systemen scheint es hingegen aussichtslos, Veränderungen mittels Protest zu erreichen. Zudem wird die Protestwahrscheinlichkeit häufig durch die Furcht vor Repressionen verringert (Eisinger 1973: 15; Tarrow 2011: 165).¹⁵

15 Repressionen können sich nach Charles Tilly (1978: 100) im Einfrieren von Ressourcen oder der Erhöhung der Mobilisierungskosten zeigen. Repressionsmaßnahmen können dabei von der Beschränkung von Kommunikationsmöglichkeiten bis hin zur politischen Verfolgung von Bewegungsakteur*innen reichen.